Frau Faßbender erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Sie verweist auf Änderungen in der Eitorfer Schullandschaft. Die Anmeldezahlen zur Sekundarschule seien im Schulausschuss seit Jahren hinreichend bekannt. Immer wieder würden mögliche Ursachen hierzu diskutiert. Frau Faßbender berichtet von der Umwandlung von Sekundarschulen zu Gesamtschulen in anderen Städten und Gemeinden. In diesem Zusammenhang regt Frau Faßbender gemeinsame Gespräche von Verwaltung und Bezirksregierung zur Optimierung der Eitorfer Schullandschaft an. Da sich Eitorf zunehmend zu einer Wohngemeinde entwickelt, sind Schulen ein wichtiger Standortfaktor für die Wohnsitznahme junger Familien. Von daher habe die CDU ihren Antrag zur Schulentwicklungsplanung gestellt.

Nach Meinung von Frau Zorlu ist der Antrag der CDU-Fraktion widersprüchlich. Einerseits sollen die bestehenden Standorte gestärkt werden, anderseits solle der bestehende Standort Sekundarschule aufgegeben werden. Mit der Einführung einer Gesamtschule hätte die Gemeinde Eitorf zwei Oberstufen. Dies geben die Zahlen des Schulentwicklungsplanes nicht her. Insofern mache der Antrag wenig Sinn.
Frau Köser-Segschneider schließt sich den Auffassungen von Frau Zorlu an. Anderen Schulen, z.B. dem Siegtal-Gymnasium oder dem Berufskolleg in Eitorf, könne das Wasser zunehmend abgegraben werden. Eine Vielfalt der Schullandschaft sei wichtig für Schülerinnen und Schüler, die anders oder langsamer lernen, aber genauso gerne ein Abitur oder Fachabitur machen möchten. Wenn alles mit einer einzigen Schulform geflutet werde, schaffe man für die Jugendlichen weniger Angebote. Darin sehe sie persönlich eine Gefahr.

Dr. Storch merkt an, dass auch die FDP-Fraktion, Punkt 1 und 2 des CDU-Antrages für widersprüchlich hält. Grundsätzlich sei es nicht verkehrt, sich von der Bezirksregierung beraten zu lassen. Die FDP trete klar dafür ein, das Gymnasium als selbständige Schulform in Eitorf zu erhalten. Die Sekundarschule leiste sehr gute Arbeit. Eine Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule ändere aller Voraussicht nach nichts an den fälschlicherweise auch von der FDP-Fraktion wahrgenommenen Vorurteilen in Teilen der Bevölkerung. Die FDP sehe die Etablierung einer Gesamtschule kritisch. Neben räumlichen Problemen führt die Umwandlung zu größeren Problemen bei der Gewinnung von Schülerinnen und Schülern, als dies jetzt schon der Fall ist. Die FDP regt daher an, diese Problematik mit einer Richtungsvorlage durch die Bezirksregierung zu erörtern.

Herr Trendelkamp von der Grünen-Fraktion erinnert an die problematische Zeit bei der Gründung der Sekundarschule, als die Schulleitungen und Lehrkörper von Haupt- und Sekundarschule nebeneinander in einem Gebäude interagieren mussten, damit sich die neue Schulform entwickeln konnte. Er sehe nicht ein, die gute Sekundarschule zu ändern. Dort werde nach einem Gesamtschulmodus unterrichtet. Von dort können Schülerinnen und Schüler zur Oberstufe auf das gegenüberliegende Gymnasium wechseln. Er sehe nicht ein, parallel noch eine weitere Schule zu errichten.

Frau Faßbender erläutert, dass sie aus dem Antrag nicht herauslese, dass die CDU-Fraktion die Sekundarschule auflösen wolle. Sie sei irritiert, wenn man das an dieser Stelle so liest. Vielmehr gehe es um die Gewinnung von Informationen für fundierte Entscheidungen, anhand derer man für die Zukunft Entscheidungen treffen kann. Ergebnis könne sein, dass eine Gesamtschule in Eitorf überhaupt nicht möglich ist. Im Antrag stehe nicht, dass die CDU-Fraktion unbedingt eine Gesamtschule wolle. Dennoch müsse man darüber einmal nachdenken dürfen. Wichtig sei am Ende, dass Informationen an den Schulausschuss fließen. Sie sehe es nicht als schädlich an, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Herr Szymkowiak weist darauf hin, dass die Sekundarschule derzeit mit einer Sondergenehmigung zweizügig betrieben wird. Zum künftigen Fortbestand der Sekundarschule bestehen Unklarheiten. Es könne kein Status sein, dass man permanent jedes Jahr für den weiteren Betrieb der Schule eine

Sondergenehmigung beantragen müsse. Im Antrag der CDU-Fraktion gehe es nicht darum, eine bestimmte Schulform abschaffen zu wollen.
Da hohe Investitionen im Raume stehen, müssen hierfür Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden. Er befürworte, wenn die Verwaltung mit der Bezirksregierung auf Basis des Schulentwicklungsplanes Gespräche zur Eitorfer Schullandschaft führe. Die Verwaltung solle anschließend dem Schulausschuss die Sach- und Rechtslage darlegen. Auf Grundlage der Beratungsgespräche können dann zukunftsweisende Beschlüsse auf einem sicheren Fundament gefasst werden.

Herr Meeser regt an, Punkt 2 des Antrages aus der Abstimmung herauszunehmen. Dann könne er dem Beschlussvoraschlag zustimmen. Vor einem Gesprächstermin mit der Bezirksregierung sollten Gespräche mit den Schulleitern und den Lehrkräften geführt werden.

Nach Meinung von Frau Zorlu liegt hier ein Antrag vor, der nicht zu Ende gedacht wurde. Der Kommunalpolitik seien die Voraussetzungen zur Gründung einer Gesamtschule hinreichend bekannt. Schülerzahlen, Geburtenraten und Abwanderungen von Schülerinnen und Schülern an andere Schulen liegen vor. Neben der Sekundarschule müsse man an anderer Stelle auch überlegen, wo hierbei das Siegtal-Gymnasium stehe. „Was wäre wenn-Gespräche“ bringen die Eitorfer Schullandschaft nicht weiter. Dem CDU-Antrag könne nicht zugestimmt werden. Die Sekundarschule leistet vor Ort gute Arbeit und die wolle man unterstützen. Die CDU im Rhein-Sieg-Kreis habe die Gesamtschule jahrelang ideologisch bekämpft. Die Schaffung von Sekundarschulen in NRW sei eine Kompromissentscheidung der Landesregierung, weil die CDU in Nordrhein-Westfalen sowohl Gemeinschaftsschulen als auch Gesamtschulen bekämpft hat. Erst jetzt habe die CDU entdeckt, dass die Sekundarschule eine gute Schulform ist, die von den Eltern bevorzugt wird. Die SPD-Fraktion stelle sich nicht gegen eine Gesamtschule. Allerdings hat Eitorf auch ein Gymnasium. Die Schaffung einer Gesamtschule könne auf Kosten des Siegtal-Gymnasiums gehen, zumindest was die Zügigkeit anbetrifft. Das Gymnasium müsse dann einen Teil seiner Schülerinnen und Schüler abgeben.

Herr Tendler weist darauf hin, dass die Auflösung der Sekundarschule sowie die Gründung einer Gesamtschule von der Entwicklung der Schülerzahlen abhängig sind. Wenn die Zahlen dies nicht zulassen, erübrige sich eine weitere Prüfung.

Frau Aurbek weist darauf hin, dass laut aktueller Rechtslage eine Gesamtschule vierzügig sein muss. Die Sekundarschule soll dreizügig sein, dürfe ausnahmsweise auch zweizügig betrieben werden, wenn nur dann das Angebot einer Schule der Sekundarstufe I in einer Gemeinde gesichert wird. Dies trifft auf Eitorf zu.
Amtsleiter Strack ergänzt, dass laut dem 15.Schulrechtsänderungsgesetz NRW Sekundarschulen derzeit zweizügig sein dürfen, ohne dass hierfür permanente Ausnahmegenehmigungen beantragt werden müssen.

Frau Aurbek weist darauf hin, dass die Sekundarschule ohnehin nicht durchgängig in allen Jahrgangsstufen zweizügig ist. Aktuell trifft dies auf zwei Jahrgänge zu, alle anderen Jahrgänge sind dreizügig. Überdies stoße die Schule bei den Schülerzahlen mittlerweile an ihre Kapazitätsgrenzen. Allerdings könne eine Vierzügigkeit für eine Gesamtschule nur dann erreicht werden, wenn sich alle Eitorfer Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule anmelden würden, hierfür gäbe es keine Garantie.

Vorsitzendem Tendler stellt sich unabhängig von den Schülerzahlen die Frage, welcher Eindruck bei den Eltern entsteht, wenn sie in Punkt 2 des CDU-Antrages von der Auflösung der Sekundarschule und der Errichtung einer Gesamtschule lesen. Dies könnte kontraproduktiv sein und Irritationen hervorrufen. Sehr wahrscheinlich melden Eltern dann ihre Kinder erst gar nicht zur Sekundarschule an. Deshalb rät auch er

dazu, Punkt zwei aus dem Antrag herauszunehmen. Überdies sei er nicht geneigt, dem Antrag in irgendeiner Form zuzustimmen.

Frau Faßbender merkt an, dass die Stärkung von Sekundarschule und Gymnasium ebenfalls eine Option sein könne. Möglicherweise könnte als Ergebnis herauskommen, die erforderliche Zusammenarbeit zwischen Sekundarschule und Gymnasium stärker intensivieren zu müssen. Erste Zahlen hätten ergeben, dass es nicht so viele Schülerinnen und Schüler gebe, die von der Sekundarschule auf das Gymnasium wechseln. Das Ziel des CDU-Antrages bestehe darin, mit der Bezirksregierung ins Gespräch zu gehen.

Bürgermeister Viehof berichtet von einem Gespräch zur Eitorfer Schullandschaft mit der Regierungspräsidentin. Leider sei in den Köpfen viele Eltern noch nicht angekommen, dass die Eitorfer Sekundarschule eine sehr leistungsfähige Schule ist. Die Sekundarschule sei eine Gesamtschule ohne Oberstufe. Er hoffe, durch Baumaßnahmen an der Sekundarschule Schülerinnen und Schüler hier in Eitorf halten, bzw. binden zu können. Vielleicht kommen dann sogar weitere auswärtige Schülerinnen und Schüler nach Eitorf. Er habe gegenüber der Regierungspräsidentin die gute Zusammenarbeit zwischen Gymnasium und Sekundarschule erwähnt und ihr gesagt, dass Eitorf quasi eine gymnasiale Gesamtschule habe. Im vergangenen Schuljahr seien 26 Schülerinnen und Schüler des Abschlussjahrganges von der Sekundarschule mit einer gymnasialen Qualifikation abgegangen. Seiner Meinung nach seien auch diejenigen, die von der Sekundarschule auf ein Gymnasium wechseln und dort ein Abitur machen wollen, hierfür gut vorbereitet. Punkt 2 des CDU-Antrages sehe er kritisch. Momentan sei eine alternative Lösung in der Eitorfer Schullandschaft nicht möglich. Für 2 Oberstufen an den Eitorfer weiterführenden Schulen gebe es nicht die erforderliche Anzahl an Schülerinnen und Schülern.
Allenfalls gebe es noch eine Option, die niemand wolle, nämlich eine Auflösung des Gymnasiums und das Zusammenlegen der beiden weiterführenden Schulen vor Ort. Seiner Meinung nach sei die intensive Zusammenarbeit von Sekundarschule und Gymnasium genau das richtige für Eitorf. Ein vorteilhafter Standortfaktor für Eitorf sei ferner das Berufskolleg. Letztendlich plädiert Bürgermeister Viehof dafür, Punkt 2 aus dem CDU-Antrag herauszunehmen.

Frau Faßbender schlägt vor, eine Abstimmung zu Punkt 1 des CDU-Antrages durchzuführen.
Vorsitzender Tendler führt aus, dass dieser Punkt unstrittig ist. Er sei bereits im Schulentwicklungsplan geregelt. Daraufhin zieht Frau Faßbender ihren Antrag zu Punkt 1 zurück.

Herr Dingel hält Punkt drei des Antrages für sehr wichtig. Er gehe davon aus, dass hierzu alle Fraktionen eine einheitliche Meinung haben.

Vorsitzender Tendler weist darauf hin, dass über die Auflösung des Schulverbundes Alzenbach-Alzenbach bereits im Schulausschuss und im Rat beschlossen wurde. Vorbereitende Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses laufen bereits.

Frau Aurbek merkt an, dass bei der Auflösung eines Schulverbundes gewisse Schritte einzuhalten sind. Dies nehme jedoch Zeit in Anspruch. Sie erläutert den Ablauf bei der Auflösung von Schulverbünden. Die Umsetzung des Ratsbeschlusses sei im Gange. Langfristig sollen hierbei beide Grundschulstandorte in ihrem Bestand gestärkt werden.

Amtsleiter Strack legt dar, dass die Auflösung des Schulverbundes Alzenbach-Mühleip eine gewisse Vorbereitungszeit zur Verfügung gestellt werden muss. Eventuell könne eine Umsetzung zum Schuljahr 2023/2024 erfolgen. Mit der Auflösung des Schulverbundes hängen z.B. auch Fragen zum Personal und den Räumlichkeiten mit zusammen. Zudem müssen Schulbezirksgrenzen festgelegt werden. Alle erforderlichen Maßnahmen sollen in einem Gesamtpaket durchgeführt werden. Vorbereitende

Gespräche laufen bereits. Zu gegebener Zeit werde die Verwaltung die zu beteiligenden Gremien umfangreich informieren.

Frau Aurbek führt aus, dass auch diejenigen Eltern berücksichtigt werden müssen, die ihre Kinder im vergangenen Herbst für das Schuljahr 2022/2023 am Schulverbund Alzenbach/Mühleip angemeldet haben. Für sie sei von Bedeutung, ob sie ihre Kinder an einer Verbundschule angemeldet haben oder an einem Schulstandort.

Herr Derscheid merkt an, dass es auch Sinn und Zweck des CDU-Antrages ist, wichtige Themen mit hohen finanziellen Auswirkungen im Schulbereich, innerhalb der Verwaltung zu präferieren. Man könne es sich nicht leisten, finanzielle Mittel fehlzusteuern. Er wünsche sehr, dass die Sekundarschule stärker angenommen wird. Er sei aber nicht so optimistisch gestimmt, was diese Schulform in Eitorf anbelangt. Von daher habe die CDU-Fraktion das Augenmerk auf das Thema Gesamtschule gerichtet. Das Gymnasium stehe nicht zur Diskussion. Die Abgänge aus Eitorf heraus in die Gesamtschulen seien enorm. Gehe man für Eitorf von einer steigenden Bevölkerungszahl aus, hätte man das Thema Gesamtschule hier in Eitorf weiter im Fokus. Dieses bringe eine nicht unerhebliche finanzielle Ressourcenstreuung mit sich.

Frau Köser-Segschneider bittet zu beachten, dass beim Übergang von der 10. Klasse der Gesamtschule zur Oberstufe eine entsprechende Qualifikation erforderlich ist. Hierfür reiche eine einfache Versetzung nicht aus, wie dies beim Gymnasium der Fall ist. Insofern biete das Berufskolleg für viele Schüler, die die Qualifikation nicht erzielt haben, eine Alternative, um die Fachhochschulreife zu erwerben, mit der sie dann an Fachhochschulen erfolgreich studieren oder Ausbildungen machen können. Sie berichtet von Schülern, die verzweifelt von Gesamtschulen zum Berufskolleg kamen, weil sie die notwendige Qualifikation nicht erzielt haben. Dies müsse den Eltern kommuniziert werden.

Vorsitzender Tendler schlägt vor, Punkt 4 des CDU-Antrages zur aktuellen Personalsituation in TOP 6 zu besprechen. Zudem fragt er bei Frau Faßbender an, ob sie den CDU-Antrag somit zum jetzigen Zeitpunkt als erledigt betrachtet. Hierzu gibt sie ihr Einverständnis.

Herr Szymkowiak fragt an, ob es keine klärenden Gespräche mit der Bezirksregierung geben werde, wenn der Antrag zurückgezogen wird.

Frau Aurbek führt aus, dass grundsätzlich über alle angesprochenen Themen bereits im Dezember 2021 im Rahmen des Schulentwicklungsplanes durch den Rat beschlossen wurde. Hierbei sollen genau diese Punkte unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit und Standortsicherung geklärt werden, damit die Schullandschaft entsprechend ausgebaut wird. Deswegen sei der Auftrag sowieso gegeben. Es sei auch ihre Intention, die Schulstandorte zu stärken. Die Frage sei, welche Auswirkungen die Gründung einer Gesamtschule auf die Eitorfer Schullandschaft habe. Frau Aurbek gibt zu bedenken, dass es immer eine Abwanderung von Schülerinnen und Schülern geben wird, solange nicht alle Schulformen vor Ort angeboten werden. Die Frage sei, wen man abwandern lasse bzw. welche Maßnahmen ergriffen werden, um dies zu verhindern. In Eitorf werde man nie eine Größe für drei Schulformen erreichen. Frau Aurbek dankt für die offene Diskussion, die auch dazu führen kann, eine gute Imagekampagne für die bestehenden Schulstandorte und die Bildungslandschaft inklusive Berufsschule zu erzielen, die dann bei der Bevölkerung entsprechend angenommen wird.

Vorsitzender Tendler dankt Frau Aurbek für ihre klärenden Worte und schließt den Tagesordnungspunkt.